

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Samstag, 15. November 2025 · Nr. 266/46 D1

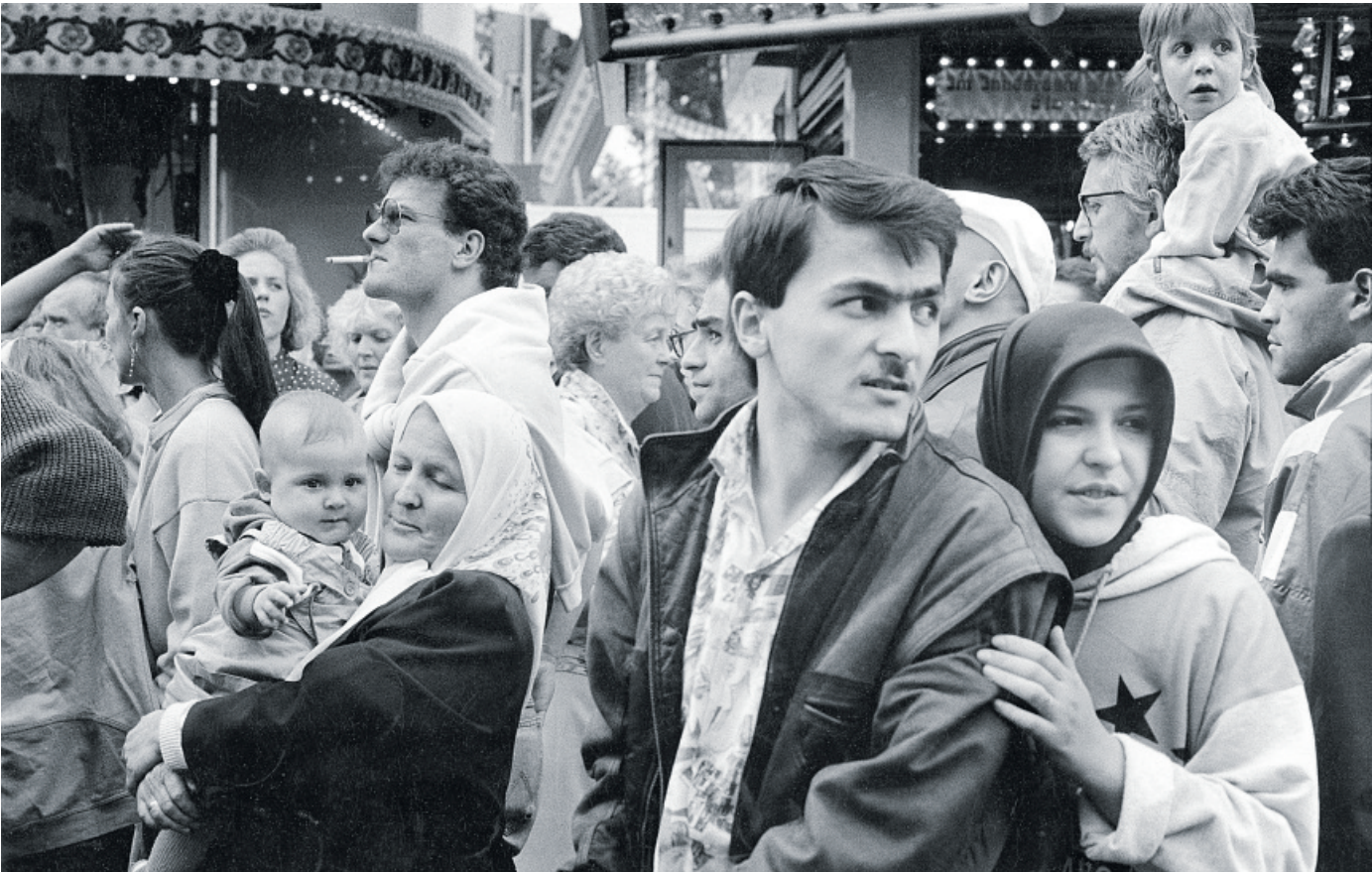
HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

4,20 € F.A.Z. im Internet: **faz.net**

## Merz: Weniger Ukrainer sollen kommen

mawy/ropu. BERLIN. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass weniger ukrainische Männer nach Deutschland kommen. Das hat Bundeskanzler Merz (CDU) im Gespräch mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj erörtert, und die Koalition hat sich darauf geeinigt, wie die finanziellen Anreize für Flüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland künftig geringer ausfallen sollen. „Präsident Selenskyj werde sich der Frage zunehmender Ausreisen junger ukrainischer Männer in die Europäische Union annehmen“, teilte ein Regierungssprecher nach dem Telefonat des Kanzlers mit. Merz selbst sagte später bei einer Rede des Handelsverbands zu, seine Regierung werde beschließen, dass die ukrainischen Flüchtlinge künftig unter das Asylwerberleistungsgesetz fielen mit geringeren Leistungen. Er habe Selenskyj gebeten, „dafür zu sorgen, dass insbesondere die jungen Männer aus der Ukraine nicht wieder in großer Zahl, in größer werdender Zahl nach Deutschland kommen, sondern dass sie den Dienst in ihrem Land versehen“. Seit Ende August dürfen junge Männer zwischen 18 und 22 Jahren die Ukraine verlassen. Die Einreisegzahlen von Ukrainern in die EU haben sich seitdem signifikant erhöht. *(Kommentar Seite 8.)*

## Klimawandel



**Wie steht es um die Willkommenskultur?** Im Jahr 2024 wanderten zwölf Prozent weniger Menschen nach Deutschland ein als im Jahr zuvor. Vor allem die Zahlen der für den Arbeitsmarkt wichtigen Immigranten gingen stark zurück. Das läuft den Bemühungen der Bundesregierung

zuwider, mehr Fachkräfte nach Deutschland zu locken. Was sind die Gründe für die jüngste Entwicklung? Einer sei das gesellschaftliche Klima, sagen Forscher. Das ist heute zwar ein anderes als 1992 (unser Bild), aber offenbar noch ausbaufähig. **Seite 19**

Foto Barbara Klemm

## Schmiermittel der Koalition

Von Heike Göbel

Wieder ein teurer Abend für die Steuerzahler. Während die Regierungsspitzen im Koalitionsausschuss grünes Licht geben für den neuen Deutschlandfonds als Dach staatlich geförderter privater Investitionen aller Art und der Industrie weitere Stromsubventionen in Aussicht stellen, geben die schwarz-roten Haushälter nochmals finanziell Gas. So macht die nächtliche „Bereinigungssitzung“ vor Verabschiedung des Haushalts Spaß. Dank einer Schuldenbremse, die nicht mehr richtig bremst, fanden sich für den Kernhaushalt weitere acht Milliarden Euro, auch um die Pflegekasse zu stützen. Zusammen mit den Krediten der „Sondervermögen“ erlaubt sich der Bund 2026 neue Schulden von 180 Milliarden Euro. Mehr war es nur in der Pandemie. Jetzt werden solche Summen jenseits einer unvorhersehbaren Notlage aufgerufen und dienen auch bloßer Stabilisierung der Konjunktur und der Sozialkassen. Nimmermüde versichern Kanzler und Vizekanzler zwar, die Koalition arbeite kontinuierlich daran, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Doch klingt das hohl, weil Entscheidendes fehlt: Einsicht und Wille, den Koalitionsvertrag dazu in wichtigen Punkten zu korrigieren und dem angekündigten „Herbst der Reformen“ endlich Taten folgen zu lassen.

Um Tritt fassen zu können im Wettbewerb, helfen Subventionen für einzelne Branchen wenig. Wichtiger wäre es, die staatlichen Ursachen hoher Standortkosten anzugehen, ob veraltete Infrastruktur, Fehler der Energiewende, der Sozialpolitik und Regulierung. Ein Großteil der enormen Kredite fließt nicht in Investitionen, die das Wachstumspotential ertüchtigen. Sie dienen als Schmiermittel für den Zusammenhalt einer Koalition, die nicht in der Lage ist, Geld und politische Kraft im Interesse einer besseren Zukunft klar zu priorisieren. Nichts illustriert dieses Unvermögen besser als das geplante Rentenpaket, mit dem weitere Unsummen für höhere gesetzliche Renten ausgegeben werden – statt Unternehmensteuersätze und Sozialabgaben schnell auf ein wettbewerbsfähiges und leistungsfreundliches Niveau zu senken.

## Frauen besser schützen

Von Franziska Pröll

Wenn das Bundeskriminalamt (BKA) demnächst seine Zahlen zu Gewalttaten gegen Frauen veröffentlicht, muss man diese mit Vorsicht betrachten. Denn die Statistik hat eine entscheidende Schwäche. Sie erfasst nicht, aus welchem Motiv heraus ein Mensch tötet. Deshalb geht aus ihr nicht hervor, wie viele Femizide es in Deutschland gibt. Diese Information ist wichtig, um gefährdete Frauen zu schützen.

Ein Femizid ist die Tötung einer Frau, weil sie eine Frau ist. Das klingt einfach, setzt aber viel voraus. Das (mutmaßliche) Motiv des Täters muss bekannt sein, um die Tötung einer Frau als Femizid einzustufen. Erst wenn man weiß, was die Person (mutmaßlich) antrieb, kann man sagen, ob das Geschlecht des Opfers für die Tötung bedeutsam war.

Wenn ein Mann während eines Bankraubs die Frau am Schalter erschießt, ist ihr Geschlecht wohl aus seiner Sicht belanglos. Wenn ein Mann seine Ehefrau immer wieder demütigt, nicht erträgt, dass sie sich von ihm trennen will, und sie schließlich ersticht, um ihr ein eigenständiges Leben zu verwehren – dann ist das Geschlecht offenbar maßgeblich für die Tat. Diese Konstellation ist nicht selten, sodass es dafür einen Begriff braucht: Es handelt sich um einen Femizid.

Das BKA zählt aber beide Fälle als Tötungsdelikt an einer Frau. Die Tötung der Ex-Frau wird zudem als Tötungsdelikt innerhalb einer Ex-Partnerschaft gewertet. Durch die BKA-Statistik lassen sich also zwei Aussagen treffen: Wie viele Frauen in Deutschland wurden innerhalb eines Jahres getötet? Und: Wie viele Frauen wurden von Partnern oder Ex-Partnern getötet? Die Zahl der Femizide liegt dazwischen. Wo genau, kann das BKA nicht sagen.

Femizide werden nicht gezählt, weil der Staat den Begriff nicht definiert hat. Obwohl sich Deutschland in der Istanbul-Konvention, einem Abkommen des Europarats, dazu verpflichtet, regelmäßig „einschlägige, genau aufgeschlüsselte statistische Daten“ auch zu Femiziden zu sammeln. Eine Femizid-Definition ist kein Akt der Bürokratie, sondern der erste Schritt zur Erforschung des Motivs. Nur wer versteht, wie Gewalt entsteht, kann sie bekämpfen.

In Spanien steht die Zahl der Femizide auf der Website des Gleichstellungsministeriums. In Italien erstellt das Innenministerium eine Femizid-Statistik. In Deutschland bildete sich 2023 eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu gegen Frauen gerichteten Straftaten. Zu Femiziden schrieb sie, dass „bestehende wissenschaftliche Definitionsprobleme zeitnah gelöst werden [müssen]“. Für die Polizeiarbeit änderte sich seither: nichts.

Das Fehlen der Definition sorgt selbst auf höchster politischer Ebene für Verwirrung. Als das BKA im November 2024 das Lagebild „Gesamtschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten“ vorstellte, saß Nancy Faeser, die damalige Bundesinnenministerin (SPD), auf dem Podium. Sie sagte: „Fast jeden Tag wird in Deutschland eine Frau oder ein Mädchen umgebracht. Das muss man beim Namen nennen. Wenn Frauen getötet werden, weil sie Frauen sind, dann sind das Femizide.“

Doch hatte sich Faeser auf die Gesamtzahl der Tötungsdelikte an Frauen bezogen und diese 360 Fälle allesamt zu Femiziden erklärt. Die Daten geben das nicht her. Trotzdem zirkuliert Faesers Falschaussage seither

Wenn „Femizid“ für alle Tötungsdelikte an Frauen herhalten muss, wird der Begriff nutzlos.

durch viele Medien. Wenn der Femizid-Begriff für alle Tötungsdelikte an Frauen und Mädchen herhalten muss, wird er nutzlos. Schließlich wurde er geschaffen, um geschlechtsbezogene Tötungen zu markieren: um jene Taten hervorzuheben, die von Erniedrigung, Verachtung und Besitzdenken gegenüber Frauen durchdrungen sind. Ein Begriff, der diese Delikte in sich versammelt, ermöglicht es, diese Form der Gewalt zu erkennen, darüber zu sprechen und sie zu verhindern.

Längst ist erforscht, dass viele Femizide einander ähneln. Nur wer die Dynamiken erkennt, kann sie durchbrechen. Ein Staat, der diese Art von Gewalt erst gar nicht dokumentiert, kann besonders Schutzbedürftige nicht wirksam schützen.

Die Geschlechtsbezogenheit einer Gewalttat ist nicht einfach zu messen. Aber es gibt Wege. Nordrhein-Westfalen hat im August in einer Sonderauswertung der Kriminalstatistik untersucht, bei welchen Tötungsdelikten es sich um Femizide handelte. Als solche gewertet wurden sogenannte Beziehungstaten, bei denen kein anderes Motiv nahelag, Sexualdelikte mit Todesfolge, Tötungen von Sexarbeiterinnen, sogenannte Ehrenmorde sowie erweiterte Suizide, bei denen es keine Hinweise darauf gab, dass die Frau sterben wollte. Zwischen 2014 und 2023 gab es demnach 522 Femizide in Nordrhein-Westfalen.

Kriterien für Femizide festzulegen, ist also möglich. Das BKA muss endlich nachziehen. Eine Arbeitsgruppe arbeite an einer Definition, heißt es dort. Ein Ergebnis wäre ein überfälliger Schritt, um Frauen vor gezielter Gewalt zu schützen – die sie trifft, weil sie Frauen sind.

## Houellebecqs Roman inspiriert New York

In „Unterwerfung“ wird ein Muslim zum politischen Krisengewinnler. Müssen wir da an Zohran Mamdani denken? **Feuilleton, Seite 16**

## Das letzte Hirtendorf

Immer mehr palästinensische Orte im Westjordanland weichen aggressiven Siedlern. Ras Ain al-Audscha steht noch. **Politik, Seite 3**

## Stadt unter Kitschverdacht

Der Wettbewerb um Hamburgs Opernneubau ist entschieden. Wo ist der gute hanseatische Geschmack geblieben? **Feuilleton, Seite 11**

## Industriestrompreis

Energieintensive Unternehmen reagieren verhalten positiv auf die Beschlüsse. Dem Handwerk fehlt dafür jedes Verständnis. **Wirtschaft, Seite 24**

## Kränkung oder Krönung?

Hans-Joachim Watzke will sich zum Präsidenten von Borussia Dortmund wählen lassen. Geht das gut? **Sport, Seite 32**

## Karrierefalle Schule

Vor allem Mütter lassen sich von Hausaufgaben und Eltern-Chats hetzen. Doch es gibt Auswege. **Beruf und Chance, Seite 29**

**Briefe an die Herausgeber, Seite 20**

## Bundesregierung lobt Gespräche in Belém

itz. BELÉM. Die Bundesregierung zieht eine positive Zwischenbilanz nach der ersten von zwei Wochen der Weltklimakonferenz in Brasilien. „Der Grundtenor ist konstruktiv, aber nicht durchgängig“, sagte Klimastaatssekretär Jochen Flasbarth (SPD) am Freitag. Kontroverse Themen seien unter anderem die EU-Klimazölle, ein möglicher Fahrplan zum Ausstieg aus Öl und Gas und die Klimafinanzierung. Am Freitag sollte ein Plan vorgelegt werden, wie ärmeren Ländern von 2035 an jedes Jahr 1,3 Billionen Dollar zur Verfügung gestellt werden könnten. *(Siehe Seite 5.)*

rit. ZÜRICH. Die Vereinigten Staaten senken ihre Zölle für Einfuhren aus der Schweiz. Vertreter beider Regierungen teilten am Freitag mit, statt wie bisher 39 Prozent würden künftig 15 Prozent fällig. Die Schweizer Regierung erklärte, sie danke US-Präsident Donald Trump. Aus Washington hieß es, im Gegenzug werde die Schweiz Fertigungsprozesse in die Vereinigten Staaten verlagern und ihren Handelsüberschuss gegenüber den USA verringern. Das Abkommen betreffe auch die Bereiche Pharmazeutika, Goldverhüttung und Eisenbahnausrüstung. *(Siehe Wirtschaft, Seite 20.)*

## Vereinigte Staaten senken Zölle für Schweizer Waren

## Pentagon bestätigt Militäroperation

troe. FRANKFURT. Nach den umstrittenen Angriffen auf angebliche Drogen-smugglerboote in der Karibik und im Pazifik haben die Vereinigten Staaten offiziell eine Militäroperation bekannt gegeben. Verteidigungsminister Pete Hegseth teilte auf der Plattform X mit, Ziel der Operation „Südlicher Speer“ sei es, das Heimatland zu verteidigen, Terroristen zu beseitigen und die Vereinigten Staaten vor Drogen zu schützen, die die Bevölkerung töteten. Geleitet wird die Operation von einer eigens dafür eingerichteten Taskforce sowie vom US-Militärkommando Süd. *(Siehe Kommentar Seite 8.)*

## BBC will Trump keinen Schadenersatz zahlen

miha. FRANKFURT. Die BBC hat Donald Trump für den Zusammenschritt seiner Rede vom Tag des Kapitolsturms im Januar 2021 um Entschuldigung gebeten und will die Sendung, in der dies geschah, nicht mehr veröffentlichen. Eine Entschädigung will der britische öffentliche Sender dem amerikanischen Präsidenten aber nicht zahlen. Trump hatte gedroht, die BBC auf eine Milliarde Dollar zu verklagen. Ob er die Klage anstrengt, ist noch offen. Im Zuge des Skandals waren der BBC-Generaldirektor Tim Davie und die Nachrichtenchefin Deborah Turness zurückgetreten. *(Medien, Seite 14.)*



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder [www.faz.net/meinabo](http://www.faz.net/meinabo). Briefe an die Herausgeber: [leserbriefe@faz.de](mailto:leserbriefe@faz.de)  
Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 5,00 € / Kanaren, Balearen 5,20 € / Schweiz 6,00 sfrs